

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/169

Bonn, den 6. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a HYSTERIE 65

- Ostberlin und die Rede Brandts in Genf

2 - 3 Partner des Fortschritts 59

Zur Lage der Universität

Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

4 Wirtschaftskriminalität - eine Landplage 27

Hessen greift durch

4 Kompliment 24

Zu einer aktuellen Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens

5 - 6 DK unter britischen Feuer 64

Nachtzug zum Besuch des Bundeswirtschaftsministers Prof. Karl Schiller

Von Hans Joachim Werbke, London

* * *

*

H Y S T E R I E

Ostberlin und die Rede Brandts in Genf

sp - Die Rede Willy Brandts vor dem Plenum der Konferenz nicht-nuklearer Staaten in Genf und vor allem wohl das positive Echo, das diese Rede bei den mittleren und kleineren Staaten fand, hat in Ostberlin eine Welle von Hysterie ausgelöst. Nach anfänglichen Zögern schießen die Ostberliner Propagandisten jetzt aus allen Rohren auf den "revanchistischen, revanchellüsterien und imperialistischen Bundesaußenminister", bezichtigen ihn der bewussten Irreführung, der Sucht nach Atomwaffen und anderer schlimmer Dinge mehr. Sogar Brandts Erinnerung an Stresemann wird als "Beweis" für die Schlechtigkeit des Bundesaußenministers herangezogen. Auch Stresemann habe - so heißt es in einer Stellungnahme des DDR-Außenministers Otto Winzer - durch seine Politik den Zweiten Weltkrieg mit vorbereitet. (!) Die westdeutsche Regierung - so Winzer - müsse g e z w u n g e n werden, den Kernwaffensperrvertrag ebenso wie die DDR ohne Vorbehalt zu unterzeichnen...

Die Genfer ADN-Korrespondenten, Kläre Bihorn und Klaus Anton, die selbst in Saal saßen, Willy Brandts Rede hörten und den schriftlichen Text genauso wie jeder andere Korrespondent zur Verfügung hatten, behaupten wider besseres Wissen, Brandt habe den Sperrvertrag attackiert und seine ganze Rede habe nur den Zweck gehabt, die Unterschrift unter das Vertragswerk zu hintertreiben, "um auf diese oder jene Weise zur Realisierung des Grundanliegens der westdeutschen Außenpolitik, in den Besitz von Kernwaffen zu kommen oder Verfügungsgewalt über die Waffen zu erlangen".

"Neues Deutschland" überschlägt sich so: "Weiter preist Brandt - in seiner Rede - ein ausnahmsloses generelles Gewaltverbot, aber derselbe Brandt heißt den Völkermord des amerikanischen Verbündeten gegen das vietnamesische Volk gut." - (Mit keinem Wort hat Brandt in seiner Rede den Krieg in Vietnam erwähnt).

Irgendwie muß in Ostberlin die Uhr stehen geblieben sein. Anders ist diese Anhäufung von Verdrehungen, Fälschungen und Anschuldigungen nicht zu erklären. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ulbrichts Agiprop-Garde jetzt die Anweisung erhalten hat, in der dargestellten Form aufzutreten, um zu versuchen, mit der steigenden Welle des Mißtrauens und Mißbehagens gegen die SED-Führung fertig zu werden. Nach dem Einmarsch auch mitteldeutscher Truppen in die CSSR weiß die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands nur zu gut, wer der Friedenstörer in Europa ist und wer dafür verantwortlich ist, daß sogar bei den bisher mit der DDR sympathisierenden Staaten das Mißtrauen gegen die Politik Ostberlins zunimmt. In solchen Situationen pflegen Diktaturen immer die Flucht nach vorn anzutreten. Sie müssen lügen, verdrehen und entstellen, weil sonst die Basis ihrer usurpierten Macht immer kleiner wird.

Eine sachliche Auseinandersetzung mit der in Ostberlin jetzt gegenüber der Bundesrepublik angewandten Holzhammer-Rabulistik ist nicht möglich. Man kann das alles nur registrieren, um sich darüber klar zu werden, wie verzweifelt Ulbricht und seine Freunde versuchen, nach ihrer Beteiligung an dem Überfall auf die CSSR wenigstens noch das Gesicht bewahren zu können.

Die Position der Bundesrepublik Deutschland ist klar. Ihre Regierung bietet allen Völkern und Staaten, die guten Willens sind, das Gespräch und Verhandlungen über eine gesicherte Friedensordnung in Europa an. Sie tut dies ohne Vorbehalt und läßt sogar die Mißtrauischen unter ihnen ein, sich durch eigene Anschauung davon zu überzeugen, welcher Grad die Atomforschung zu friedlichen Zwecken in der Bundesrepublik erreicht werde und wie das Erreichte allen Völkern nutzbar gemacht werden kann. Diese Bundesregierung wird sich auch dann nicht von ihrer Politik abbringen lassen, wenn Ostberlin es bewußt auf Provokationen anlegt, wie es ganz offensichtlich durch zahlreiche, die Tatsachen fälschenden Presse- und Rundfunkkommentare sowie offizielle Erklärungen geschieht. In Ostberlin möge man dies zur Kenntnis nehmen; in anderen Hauptstädten von kommunistisch regierten Ländern hat man es bereits getan.

Partner des Fortschritts

Zur Lage der Universität

Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

"Die deutsche Universität ist die beste Universität für das 19. Jahrhundert, aber nicht mehr die beste für dieses Jahrhundert!" Mit dieser Feststellung charakterisierte einmal James B. Conant, vormaliger Botschafter der USA in Bonn, die Stellung unserer Universitäten und Hochschulen. Mit vielen anderen, mit nicht wenigen Professoren, mit vielen Nachwuchswissenschaftlern, mit sehr vielen Studenten und mit einem erheblichen Teil der Öffentlichkeit unseres Landes bin ich der Auffassung, daß in diesen Worten eine Wahrheit steckt, die uns nachdenklich stimmen muß.

Ohne der Verführung der deutschen Gemütsneigung zu verfallen, sich dem, was andere Völker geschaffen haben, in extremer Polarisierung gegenüber zu verhalten - sich entweder hemmungslos überlegen oder haltungslos unterlegen zu bewerten -, müssen wir erkennen, daß uns andere Länder in akademischer Berufsausbildung, Lehre und Forschung in vielen Bereichen vorausgeeilt sind.

Bereit zum Risiko

Unter den Problemen, die unsere Universitäten heute bedrängen - und nicht nur sie, denn wie die Universität der Gesellschaft verpflichtet ist, so ist auch die Gesellschaft der Universität verpflichtet -, steht allen voran die neue innere Gestalt der Universität und ihr äußerer Ort in der sich mehr und mehr demokratisierenden Gesellschaft. Hier liegt die große Aufgabe der Hochschule selbst, die fast alles erforscht, jedoch wenig, zumindest zu wenig sich selbst. Der Staat sollte sich dabei auf eine Rahmengesetzgebung beschränken, gewisse Grundstrukturen festlegen, aber zugleich den Universitäten weiten Spielraum garantieren für die Entwicklung und Erprobung eigener und nicht gleichschaltbarer Lebensformen. Auch hier, wie auf so vielen anderen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens, ist

unsere Zeit eine Zeit des Experiments, des Mutes zur zukunftsweisenden Neuerung im guten Sinne. Das schließt die Bereitschaft zum Risiko ein.

Große Herausforderung

Die Ministerpräsidenten der Länder streben eine bundeseinheitliche Rahmengesetzgebung für die Universitäten und Hochschulen an. Eine Sonderkommission ist von ihnen beauftragt worden, ungenügend die Grundlagen für diese Reform auszuarbeiten, damit bis Ende dieses Jahres eine Einigung über eine einheitliche Lösung für das gesamte Bundesgebiet erzielt werden kann.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen in einem besonderen Maße in den Prozeß der Reform unserer gesamten Volksbildung begriffen, von der Grundschule bis zur Hochschule, von der Berufsausbildung bis zur Forschung.

Das bedeutet eine große Herausforderung an unsere politische Gestaltungskraft wie an unser finanzielles Leistungsvermögen. Denn gerade in unserem Land setzt der angestrebte Wandel von der traditionellen zu einer modernen Industrielandschaft besonders große Anstrengungen voraus. Das bedeutet auch eine große Herausforderung an unsere Fähigkeit, die Werte der Tradition zu erkennen und die Notwendigkeiten des Fortschritts zu vollziehen.

In Nordrhein-Westfalen sind sich alle politischen Kräfte darin einig, daß Investitionen in die Volksbildung zugleich Investitionen in das Sozialprodukt sind. Wir haben in Ostwestfalen mit der Grundsteinlegung der Forschungsuniversität Bielefeld einen solchen Schritt in die Zukunft getan. Zugleich erfolgte in Düsseldorf die Grundsteinlegung für die neue Universität. In Bochum wurde an der Ruhr-Universität die Rohbaufertigstellung aller Institutsbauten gefeiert. Die Landesregierung fühlt sich dabei als Partner in der großen Gemeinschaftsaufgabe, die auf der Erkenntnis beruht, daß unsere Universitäten als Stätten des Geistes nicht minder in unsere Sorge gestellt sind wie unsere Industriewerke als Stätten der Produktion.

Wirtschaftskriminalität - eine Landplage

Hessen greift durch

sp - Die Schäden, die von betrügerischen Vertretern, Inhabern von Schwindelfirmen und anderen Straftätern mit weißem Kragen begangen werden, nehmen von Jahr zu Jahr zu. Wirtschaftsdelikte sind besonders schwierig von den Kriminalämtern zu bearbeiten, weil dabei zeitraubende und umfangreiche Ermittlungen notwendig sind. Als die am häufigsten vorkommenden Straftaten dieser Art kennt die Kriminalpolizei Betrugsgeschäfte beim Verkauf von Geräten aller Art, (Schreibmaschinen, Haushaltsgeräte, Waschmaschinen) bei der Vergabe von Kommissionslagern, beim Verkauf von Grundstücken, bei der Vermittlung von Fernunterrichtslehrgängen sowie bei Kredit- und Umschuldungsgeschäften. - Für diese Straftäter stehen in Hessen harte Zeiten bevor. Das hessische Innenministerium hat die Arbeit der Kriminalpolizei in diesem Bereich intensiviert; allein im vergangenen Jahr wurden von der Zentralstelle des hessischen Landeskriminalamtes 54 Wirtschaftsstrafsachen größeren Umfangs ermittelt. Seit Jahren werden Kriminalbeamte in viermonatigen Speziallehrgängen ausgebildet. Hauptfächer sind Buchführung und Bilanzwesen. Den Beamten wird auch die Möglichkeit gegeben, auf Kosten des Landes an entsprechenden Kursen der Volkshochschulen teilzunehmen oder aber für kurze Zeit das notwendige Rüstzeug bei Banken und bei Industrie- und Handelskammern zu erwerben. Nur wer über gründliches Wissen über die Methoden verfügt, mit denen die Täter mit weißem Kragen oft viele Menschen in größte Notlage bringen, ist auch in der Lage, ihren Schlichen auf die Spur zu kommen. - Das hessische Beispiel im Kampf gegen die Landplage Wirtschaftskriminalität sollte Schule machen.

Kompliment

Zur einer aktuellen Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens

sp - Für diesen Einfall ist Reinhard Appel, den Leiter der beliebtesten Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens "Journalisten fragen, Politiker antworten" zu danken. Er ließ diesmal Angestellte und Arbeiter eines Bonner Metallbetriebes zu Worte kommen. Die Aktualität der Fragen und Antworten beeindruckte die Zuschauer. So erfuhren die Politiker, was den arbeitenden Menschen in den Betrieben unmittelbar bewegt, welche Sorgen sie haben, welche Bedeutung sie einer gesicherten Altersversorgung zumessen und wie sie sich ein gutes Klima in den Betrieben vorstellen. Gegner der Mitbestimmung konnten erfahren, daß diese keine Angelegenheit von nur einigen Funktionären der Gewerkschaften ist, wie oft mit dem Tone der Geringschätzung behauptet wird, sondern einen tiefen Bedürfnis der arbeitenden Menschen entspricht, auch ihr Wort sagen zu können, wenn es um die Sicherung der Existenz oder um notwendige Anpassungen in einem sich ständig wandelnden Wirtschaftsprozess geht. Die Politiker, die sich in diesem Betrieb der Belegschaft stellten, dürften gewiß durch die unmittelbare Begegnung mit den Sorgen der arbeitenden Menschen auch neue Einsichten gewonnen haben. Ein Kompliment dem Zweiten Deutschen Fernsehen: Solche Sendungen, unmittelbar aus dem Leben gegriffen, möchte man sich öfter wünschen, sie fördern das gegenseitige Verständnis und sind eine Bereicherung für alle.

DM unter britischem Feuer

Nachtrag zum Besuch des Bundeswirtschaftsministers Prof. Karl Schiller

Von Hans Joachim Werbke, London

Am kommenden Wochenende (8. bis 9. September) werden sich in Basel wieder zwölf internationale Zentralbank-Präsidenten zusammensetzen und einen Bericht von Sir Leslie O'Brien, dem Gouverneur der Staatlichen Bank von England, entgegennehmen, aufgrund dessen die Gestellung eines Zwei-Milliarden-Dollar-Bereitschaftskredit für Britannien entschieden wird. So war es Anfang Juni ausgemacht worden; die Summe hatte der britische Notenbankpräsident selbst genannt. Die Zentralbankkollegen haben sich allerdings für die Gewährung eines solchen Kredits die Mitarbeit der Länder des Sterling-Gebiets ausbedungen. 30 Sterling-Länder wurden von Arbeitsgruppen des britischen Schatzamtes in der Zwischenzeit konsultiert. Australien, Singapur, Kuwait und vielleicht noch das eine oder andere an die Leitwährung des Pfundes Sterling gebundene Land werden am Ende schon kooperieren, aber vorderhand stellen sie sich noch ein bisschen auf die Hinterbeine, daß ihnen künftig vorgeschrieben werden soll, wie hoch ihre in London gehaltenen Einlagen zu sein haben, an welchen Fodus der Abzug von Guthaben gebunden wird, kurz: Daß ihnen die Willkür beschnitten wird, nach Belieben über ihre Sterlingbilanzen zu verfügen. Es ist dies aber die Voraussetzung für die Gewährung des großen Bereitschaftskredits, damit die Spekulation gegen das Pfund und die damit zusammenhängender Währungs- und Handelskrisen gebannt werden können.

Der Zwei-Milliarden-Dollar-Kredit deckt nicht etwas das Gesamtvolumen der Einlagen der mit dem Pfund Sterling operierenden Länder, nur etwa zwei Siebentel. Ein Unsicherheitsfaktor liegt darin, daß der Kredit nicht höher ist. Aber die britische Regierung will ja bestenfalls eine Milliarde Dollar verwenden und die andere Milliarde für Sterling-Länder, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten, verfügbar halten, damit stets genügend Zeit für die "Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" bleibt, auf dem europäischen Kapitalmarkt die nötigen Summen aufzubringen. In der Vorstellung von Bundeswirtschaftsminister Schiller soll die Basler Bank soviel wie möglich von Investoren besorgen; die Zentralbanken stehen dann für die fehlenden Restbeträge gerade.

Vorbesprechungen über die Form des neuen Bereitschaftskredits machten nur einen Teil der Tagesordnung aus, die sich der sozialdemokratische Wirtschaftsminister aus der Bundesrepublik und sein Labour-Pendant gegeben hatten und im Geiste herzlicher Freundschaft absolvierten. Schatten hatten aber vorweg Wirtschaftskommentare in der britischen Presse geworfen, die wie aus einem Mund einer Aufwertung der Deutschen Mark das Wort redeten. Schatzkanzler Jenkins versicherte Professor Schiller unaufgefordert, daß sich die Regierung Wilson mit der in dieser Pressekampagne enthaltenen Kritik nicht identifiziere. Wahr bleibt indessen, daß britische Nationalökonomien nach wie vor auf einer Aufwertung der DM hoffen. Sie sind besorgt darüber, daß fast alle neuen Quellen der Währungsreserven der Welt aufgebraucht sind durch den expansiven Handel. Der hohe Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik kann nach britischen Auffassungen die Klemme, in der sich alle befinden, noch verengen. Einen Ausgleich der bundesdeutschen Bilanz könnte eine lebhaftere Einfuhrpolitik bewirken.

Professor Schiller beruhigte die britische Seite ein wenig mit dem Hinweis, daß die Importe in die Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1968 schon um fast 15 Prozent zugenommen hätten und zweifellos noch ansteigen würden. Damit entfällt die Dringlichkeit für eine Aufwertung. Sollte die Tendenz sich freilich nicht fortsetzen, (oder zumindest nicht im gewünschten und erforderlichen Maß), so wird eine Überprüfung dieser Frage unabweisbar. Was in Londoner Finanzkreisen gern gesehen würde, wäre eine "konzertierte Aktion": Aufwertung der Deutschen Mark und des Schweizer Franken bei gleichzeitiger Abwertung des französischen Franc. Bester Zeitpunkt: Nach gründlichem Blick auf die Herbstzahlung etwa zum Jahresende.